

Deutschland und Frankreich fliegen gemeinsam

Neue Projekte für ein Europa der Verteidigung

Von Ann Treisinger*



Im Jahr 2018 erhielt die mehr als 50 Jahre bestehende deutsch-französische Partnerschaft neuen Schwung im militärischen Bereich. Paris und Berlin haben Abkommen unterzeichnet, um die zukunftstaugliche Luftsysteme für Kampfeinsätze und für Einsätzen zur Meeresüberwachung zu entwickeln. Eine Partnerschaft, die einige Herausforderungen mit sich bringt.

Anlässlich der ILA, der Internationalen Luft- und Raumfahrt ausstellung, genauer am 25. April 2018, nahm die deutsch-französische Zusammenarbeit an Fahrt auf. Als „Symbol der deutsch-französischen Freundschaft und Zusammenarbeit“ war Frankreich dieses Jahr Ehrengast. Die deutsche Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen unterzeichnete mit ihrer französischen Amtskollegin Florence Parly zwei Vereinbarungen, die Paris und Berlin zu einer langfristigen Partnerschaft verpflichten – zumindest für die nächsten 30 Jahre. Ursula von der Leyen, nutzte die Gelegenheit daran zu erinnern, dass „die Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen engere denn je sind“.

Das wohl bedeutsamste Projekt ist der gemeinsame Bau eines neuen Kampfflugzeugs. Dieses soll bis 2040 die heute noch eingesetzten Eurofighter und Rafale-Flotten beider Länder ergänzen und schließlich ersetzen. Dieses Abkommen sei eine neue Etappe, „eine neue Beschleunigung für Europas Verteidigung“, sagte Florence Parly. Das unterzeichnete Dokument beschreibe die operativen Anforderungen, und solle die beiden Armeen in die Lage versetzen, auf die Anforderungen künftiger Kriegsführung aus der Luft reagieren zu können.

Die in Berlin unterzeichnete Vereinbarung folgt der Ankündigung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel vom 13. Juli 2017, ein gemeinsames Kampfflugzeugprojekt beider Nationen zu starten. „Das Ziel [...] ist es, zunächst gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte zu starten“. Später sollten die Flugzeuge „gemeinsam von unseren beiden Armeen genutzt werden“ und deren Exporte gemeinsam koordiniert werden, erklärte der französische Präsident am Ende des deutsch-französischen Ministerrates. Bereits zum Auftakt der ILA hatten die Flugzeugbauer Airbus und Dassault dafür die Voraussetzungen geschaffen und eine entsprechende Kooperation beim Kampfflugzeugbau vereinbart.

Das zweite Dokument, das auf der Luftfahrt ausstellung unterzeichnet wurde, betrifft ein Seefernaufklärungsflugzeug. Frankreich und Deutschland, die ihre Flotten bis 2035 ersetzen sollen, planen, ein Flugzeug zu entwerfen, zu entwickeln und zu bauen, um ihren gemeinsamen Bedarf an Seeüberwachung zu decken. Der Absichtserklärung war eine Vereinbarung über die jeweiligen militärischen Einsatzbedingungen beigelegt.

* Ann Treisinger ist Fachjournalistin für Luftfahrt und Verteidigung.

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron (2. v. l.) mit dem Dassault-Aviation-Chef Eric Trappier (Mitte) auf der internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung 2017 in Le Bourget bei Paris

Paris und Berlin erneuern damit die politische, militärische und industrielle Zusammenarbeit, die mit der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags am 22. Januar 1963 offiziell begründet wurde. Der Teil „Verteidigung“ dieser Gründungsvereinbarung sah unter anderem eine Annäherung der Doktrinen „im Hinblick auf gemeinsame Konzepte“ vor, und sprach von einer „gemeinsamen Arbeit von der Phase der Ausarbeitung geeigneter Rüstungsprojekte bis zur Erstellung von Finanzierungsplänen“. 55 Jahre später, nach dem Transportflugzeug Transall und dem Angriffsflugzeug Alphajet, nach der Gründung des europäischen Flugzeugherstellers Airbus, bereiten sich Frankreich und Deutschland darauf vor, eine neue Seite in der Luftfahrt- und Industriegeschichte zu schreiben.

Die Zusammenarbeit: eine industrielle Notwendigkeit

Bis jetzt war Frankreichs privilegierter Partner im Verteidigungsbereich Großbritannien. Doch das fällt nun wegen des Brexits zurück und Deutsch-

land nimmt nunmehr – in strategischer als auch auf industrieller Ebene – einen wichtigeren Platz ein.

Denn wenn Deutschland und Frankreich beschlossen haben, gemeinsam die Kampfflugzeuge der Zukunft zu bauen und ihre Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen zu verstärken, dann vor allem aus pragmatischen Gründen – und die gehen über den einfachen politischen Willen oder eine gelungene Darstellung hinaus. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten können nur wenige Nationen Rüstungsprogramme dieser Größenordnung ohne Partnerschaft oder Zusammenarbeit durchführen. Frankreich und Deutschland sind da keine Ausnahme, trotz des unter den NATO-Staaten gemeinsam vereinbarten Ziels, den Verteidigungshaushalt auf 2 % des BIP anzuheben. Festgeschrieben wurde das Zwei-Prozent-Ziel 2014 beim NATO-Gipfel in Wales, als es erneut durch die Annexion der Krim und den Kriegsausbruch in der Ukraine aktuelle Anlässe gab. Es ist notwendig und unerlässlich, die Kosten und Risiken eines solchen Programms zu teilen.

Über diese Beobachtung hinaus geht es auch um die Weiterentwicklung der industriellen und technologischen Basis für Verteidigung. Es geht darum, die Zukunft gemeinsam zu gestalten, die Ausgaben zu verteilen, aber auch, wenn nicht vor allem darum, die europäische Industrie zu unterstützen und sie, angesichts der Dominanz der USA, zu stärken.

Die Förderung von Fähigkeiten und Know-how in Schlüsselbereichen wie Motoren, Sensoren und technischer Systeme ist zu einer großen Herausforderung geworden. Airbus, Dassault Aviation, Diehl, MBDA, MTU, Safran, sind allesamt in Europa ansässige Hersteller, die über solide Kompetenzen verfügen und in zukünftige Projekte eingebunden werden sollen. Die Rüstungsindustrie mit mehr als 135 000 Arbeitsplätzen in Deutschland und 165 000 in Frankreich ist dabei von strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung.

Indem sie die industriellen und technologischen Voraussetzungen auf diese Weise mit strukturellen Rüstungsprogrammen unterstützen, versuchen die französische und die deutsche Regierung, sich von der amerikanischen Dominanz zu befreien. Sogenannte Foreign Military Sales-Verträge der US-Regierung ermöglichen es Drittländern, relativ schnell Ausrüstung zu erwerben. Doch sie haben den Nachteil, dass sie die US-Industrie begünstigen. Damit aber vergrößert sich der technologische Rückstand europäischer Länder gegenüber dem amerikanischen Riesen.

Unterschiedliche Interessen und Haltungen zu überwinden

Um gemeinsam voranzukommen, müssen Frankreich und Deutschland jedoch noch eine Reihe von Differenzen überwinden. So ist es für die Durchführung eines Rüstungsprogramms, das auch auf den Export zielt, nötig, die Exportbedingungen in beiden Ländern zu überprüfen und anzugleichen. Ein Beispiel dafür sind die Waffenverkäufe nach Saudi-Arabien. Während Deutschland beschlossen hat, die Erteilung von

Ausfuhrgenehmigungen zu stoppen, hat Frankreich dies bisher nicht getan. Die beiden Regierungen müssen sich daher auf Bedingungen für den Export ihrer künftigen Rüstungsgüter einigen, wenn sie nicht in eine Sackgasse geraten wollen.

Über den rein wirtschaftlichen und kommerziellen Aspekt hinaus stellt sich auch die Frage nach der strategischen Haltung. Frankreich beteiligt sich häufig an Interventionen – es kämpft derzeit in der Sahelzone und im Nahen Osten. Deutschland hingegen ist – nicht zuletzt aufgrund seiner historischen Verantwortung für den Ausbruch des zweiten Weltkriegs – sehr viel zurückhaltender. Hier hängt jeder Einsatz der Bundeswehr von der Zustimmung des Bundestages ab. Und auch heute noch stößt jede Abstimmung, bei welcher ein solcher Auslandseinsatz der Bundeswehr genehmigt wird, auf breite öffentliche Ablehnung. Nach dem Grundgesetz kann die Bundeswehr mit Zustimmung des Parlaments im Rahmen einer europäischen oder UN-Mission handeln. Sie kann einem um Hilfe suchenden Staat zu Hilfe kommen. Sie kann sich auch an europäischen Einsätzen beteiligen. Jedoch ist die Bundeswehr nicht befugt, Luftangriffe durchzuführen. Das Land begnügt sich daher damit, Flugzeuge für den Transport, medizinische Evakuierungen oder Aufklärungsmissionen einzusetzen. Auch in der militärischen Ausbildung ist Deutschland sehr engagiert, insbesondere in Mali.

Die Dinge könnten sich jedoch ändern, denn die Bundeskanzlerin signalisierte in jüngster Zeit wiederholt Unterstützung für Macrons Vorschläge zu einer engeren europäischen Verteidigungspolitik und einer europäischen Interventionsinitiative. Sie unterstütze den Vorschlag von Emmanuel Macron, erklärte sie kürzlich. „Wir müssen auch eine gemeinsame Interventionstruppe haben, die agieren kann“, sagte sie. „Daran sollte sich auch Deutschland beteiligen.“ Auch die jetzt gemeinsam gestarteten Projekte sind für den Einsatz vorgesehen; das Luftkampfsystem der Zukunft wird sicher nicht in einem Hangar bleiben oder sich auf Trainingsmissionen beschränken können.